

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tagesblatt Riesa.
Fernruf Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postkontos: Dresden 1539
Girokonto Riesa Nr. 32.

Nr. 270.

Montag, 20. November 1922, abends.

75. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 250.— Mark ohne Bringerlohn. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsrichtungen — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Vorfahrung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa.
Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hänel, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Verliches und Sächsisches.

Riesa, den 20. November 1922.

— Öffentliche Sitzung des Stadtvorstandes am Donnerstag, den 23. November 1922, nachmittags 5 Uhr in der Aula der Oberrealschule. 1. Entfernung der Wand zwischen den Himmern 12 und 13 im Rathaus. Berichtshatter: Herr Stadtv. Schumann. 2. Veränderung an der Heizungsanlage im Rathaus. Berichtshatter: Herr Stadtv. Döberenz. 3. Erhöhung der Gebühren für die Leichenfrauen. 4. Bewilligung einer einmaligen Beihilfe von 6000 Mark für den Landesverband Sächs. Heimatschutz. 5. Bewilligung eines Ergänzungsbeitrags in Höhe von 2000 Mark für den Arbeitgebersverband Sächs. Gemeinden. 6. Einstellung von Hilfskräften für die Spar- und Girokasse. Berichtshatter: Herr Stadtv. Wehlhorn. 7. Umwandlung einer nichtständigen Lehrstelle an der Oberrealschule in eine ständige wissenschaftliche Lehrstelle. Berichtshatter: Herr Stadtv. Wende. 8. Nachtrag zur Gemeindefeuerordnung. (Klammern-Plakat.) Steuer betr. Hierzu eventuell: 9. Nachtrag zur Gemeindefeuerordnung, betr. Zuschlag zur Wohnungsbaubauabgabe. 10. Nachtrag zur Gemeindefeuerordnung, betr. Erhebung einer Sozialabgabe. 11. Entschließung wegen event. Einführung einer Tanzsteuer. Nichtöffentliche Sitzung.

— Verurteilung des Herrn Schuldirektor Frisch. Eine zahlreiche Trauergemeinde, in der sich u. a. Herr Stadtrat Gutacker als Vertreter der Stadt, Herr Bezirksführer Dr. Weinholtz, der Kriegerverein Adonia Albert mit Frau und Schützern, die Mitglieder der oberen Klassen der Knabenschule befanden, hatte sich heute nachmittags auf dem hiesigen Friedhofe eingefunden, um dem verstorbenen Direktor der hiesigen Knabenschule, Herrn Julius Albert Frisch, die letzte Ehre zu erweisen. Nach dem Begräbnis lag Lichter Glanz der Herbstsonne über der Stätte des Friedens. Von der Lehrerschaft dargeboten, erwiderte die weisevolle Klänge des Liedes „Wie sie so sanft ruhn“. Dann trat Herr Pastor Luthardt an das Grab und hielt die Trauerrede. Auf Grund des Schriftwortes: „Kommet her ihr Gesehneten meines Vaters, ererbet das Reich, das euch bereitet ist von Anbeginn der Welt“ zeichnete der Geistliche von dem Zeremonien ein getreues Bild seines arbeitsreichen und pflichtbewussten Wirkens. Ja, ein gelebter Mann, so könnten wir sprechen, wenn wir auf sein äußeres Leben, auf sein Wirken in seinem Beruf und in der Gemeinde, schauten. Derlei Liebe und Treue sei es gewesen, die ihm die Kraft gegeben zur Erfüllung seiner Sendung an denen, die ihm im Leben nahestanden. Die Kraft zu seinem reichen Wirken aber sei ihm gestiegen aus seinem Christenglauben. In warmherzigen Worten spendete er den Angehörigen Trost, indem er auf Jesus hinwies durch das Wort: „Gott wird weiter helfen“. Dem Gebet und Segen folgte alsdann eine Reihe Gebetsansprachen. Dankesworte riefen dem Verstorbenen in die Ferne nach Herr Stadtrat Gutacker namens der Stadtgemeinde, Herr Schulleiter Richard Hofmann von der Knabenschule für das Lehrkollegium und die Schülerschaft und Herr Schlachthofdirektor Frisch für die Freimaurerloge „Derkules“. Der Gesang der Lehrerschaft: „Mag auch die Liebe weinen“, ließ die Freier ausklingen. Dann traten die Angehörigen und das Trauergesolge an das Grab und nahmen zum letzten Mal Abschied von dem Heimgegangenen. Unter dem schönen Blumenkranz, der den Sarg schmückte und Zeugnis ablegte von der hohen Verehrung, deren sich der Verstorbene im Leben zu erfreuen hatte, befand sich auch eine kostbare Kränze der Stadt.

— Aufgeklärte Diebstähle. Die hiesige Kriminalpolizei hat gemeinschaftlich mit der Gendarmarie einige Einbrüche in der Umgegend von Riesa aufklären können. Es hat sich zunächst um die Einbrüche in Canis und Großrägeln gehandelt. Die gestohlenen Gegenstände sind dem Täter wieder abgenommen und den Bestohlenen zurückgegeben worden. Bei der polizeilichen Vernehmung des Täters hat sich herausgestellt, daß er mit zwei weiteren ebenfalls ermittelten Personen auch in Frage kommt, im Jahre 1919 einen weiteren Einbruch in Wittweida verübt zu haben. Auch von diesem Einbruch sind eine größere Anzahl Gegenstände den Tätern wieder abgenommen worden. — Außerdem sind von der hiesigen Kriminalpolizei und der Gendarmarie vier weitere Personen ermittelt worden, die in letzter Zeit die Umgegend von Riesa unruhig gemacht haben. Sie haben in der Nacht zum 7. November 1922 bei einem Landwirt in Mehlthener drei Treibriemen gestohlen. Bei ihrer polizeilichen Vernehmung hat sich herausgestellt, daß sie in derselben Nacht einen weiteren Treibriemen diebstahl bei einem Landwirt in Mergendorf zu verüben versucht haben. Auch haben sie auf einer Feldheide in Zahnshäulen einmal nachts Viehableiterstangen gestohlen. Die gestohlenen Treibriemen sind von der hiesigen Kriminalpolizei wiedererlangt und dem Bestohlenen wieder zugestellt worden. Ueber das bisherige Tun und Treiben der ermittelten Personen sind noch weitere polizeiliche Ermittlungen im Gange. Ferner ist hierbei noch ein Einbruch und ein geplantes Treibriemen diebstahl in Wauffitz aufgedeckt bzw. durch das polizeiliche Einschreiten gegen die Täter verhindert worden. — Weiter sind von der hiesigen Kriminalpolizei zwei junge Männer festgenommen worden. Diese haben in letzter Zeit mehrere Diebstähle in Gröba verübt. — Auch ist ein junger Mann ermittelt worden, der der Bedienung in einer Gastwirtschaft in Riesa einen größeren Geldbetrag entwendet hatte, sowie mehrere hiesige Schulknaben, die mittels Einkreisens in den Brückenfenster an der Elbe Brückenblechstücke im Werte von etwa 80000 Mark entwendet hatten. Ein größerer Teil des Diebesgutes hat wieder herbeigeführt werden können. Von einem derselben Täter ist an demselben Brückenblech aus einem Kufentanksraum ein Geldbetrag und andere Gegenstände durch Einbruch entwendet worden. Ein hiesiger

Heutiger Dollarkurs (amtlich): 6758 Mark.

Einwohner, der einem auswärtigen jungen Mädchen eine goldene Uhr und andere Gegenstände abgeschminkt und anderweit veräußert hatte, wurde ebenfalls ermittelt. Die goldene Uhr konnte wiedererlangt und der Geschädigten zurückgegeben werden. Ferner konnte ein größerer Kupferdiebstahl, der zum Nachteile einer Chemiker-Firma hier ausgeführt worden ist, aufgeklärt und der größte Teil wiedererlangt bzw. dem Geschädigten zurückgegeben werden.

— Bühnenschauturnen. Zum 1. Male wird in Riesa am Sonntag nachmittags 5 Uhr im Stern-Saal von den beiden dem 8. Niederelbe-Turntag angehörenden Turnvereinen ein Bühnenschauturnen gegeben. Im Uichte der Bühne will man darauf, wie abwechslungsreich die Turnerei ist. Nicht nur Jünglinge und Männer, nicht nur amnatürliche Turnerinnen, sondern auch die Kinder beider Vereine wollen ihr Können zeigen und durch die Tat für die Turnerei werden. Aus der Vortragsfolge der geplanten Darbietungen seien genannt: Frei-, Dipl.- und Reulenübungen der Kinder, Langstabsübungen und Verbändeübungen der Jugendturner, Frei- und Stabsübungen, sowie Barrenübungen der Turnerinnen, Stab- und Kunstfreiübungen der Turner, Fechten, Turnen der besten des Ganges am Hochreiß u. a. m. — Kurzum, ein buntes Bild des deutschen Turnens wird an den Zuschauern vorüberziehen.

— Friedrich Lindner-Knecht des Beamtenvereins der Alt.-Gen. Lauchhammer, Riesa, am Sonntag im Hotel „Wettiner Hof“. Der Abend wird Gottfried Keller gewidmet sein, dessen Novelle „Die drei gerechten Kammmacher“ der Dresdner Künstler vortragen wird. Ueber die gleiche Vorlesung in Dresden schreibt die „Sächsische Staatszeitung“: Friedrich Lindner las Kellers unsterbliche Novelle von den „Drei gerechten Kammmachern“. Was an Welt- und Lebensbeobachtung darin vorbort liegt, nahm lebendige Farbe an, die Kleinmalerei ergab in ihrer humorvollen Färbung das Bild phyllitischen Kleinstadtlebens. Die drei Gestalten in ihrer geistigen Enge, Hiss Julian, die tüchtige Jungfrau, wurden Fleisch von unserm Fleische, und den Gipfel erstiebt Lindner in der unergreiflichen dramatischen Verlebendigung des Wettkaufs. Da gab es Gelegenheiten, alle Register seines wunderbaren Draus spielen zu lassen. Da leuchtete und alberte es; hier wurde gedämpft, da ein Licht aufgeleuchtet. Aber bei allem nie der innere harmonische Bau des Kunstwerks einer bloßen Künstlerlaune untertänig gemacht.

— Der Militärverein Artillerie, Pioniere und Train feierte am Sonntag im Wettiner Hof sein Stiftungsfest, bestehend in Konzert und Ball. Musik stellte die Dunitzkapelle, deren Vorträge sich im Rahmen früherer Militärmusik hielten und lebhaft erinnerten an die alte Soldatentzeit werten. Gedicht-, Dialekt- und humoristische Vorträge einiger Herren bereicherten die Vortragsfolge. Der Vereinsvorsitzer, Herr Schubmachermeister Mammisch, begrüßte nach dem Verlesen einiger Musikstücke die Festbesucher und ehrte später eine Anzahl Jubilare, darunter in ganz besonderer Weise den früheren Vortrager Herrn Ratsozjischer Schubert, den der Verein zum Ehrenvorsitzer ernannte. Er erhielt ein geschmackvolles Diplom, das ihm unter Verodredung seiner erproblichen Vereinstätigkeit überreicht wurde. Das Vortragsprogramm, der Bezirk Großenhain und die Rieser Militärvereinsvereinsung ließen dem Ehrenvorsitzer, der 18 Jahre den Verein leitete und vorher seit der Gründung im Vorstande tätig war, beste Wünsche und Dankbarkeit für seine Treue übermitteln. Von dieser Ehrung angenehm berührt, dankte der Geehrte. Anschließend erhielten zwei Kameraden die Kriegsdenkmünze und 11 Kameraden Auszeichnungen für 25-jährige Mitgliedschaft. Das Fest verlief in schänter Harmonie und im Geiste der Kameradschaft und Vaterlandsliebe, die ihren Ausdruck im allgemeinen Gesange des Deutschlandliedes fand.

— Verkehr mit Milch. Nach der Verordnung über den Verkehr mit Milch vom 30. April 1921 (MBl. S. 498) ist es u. a. verboten, Vollmilch und Sahne in Konditoreien, Bäckereien, Gast-, Schank- und Speisewirtschaften, sowie in Erziehungsräumen zu verpacken. Im Umverhandlungsfall machen sich die Inhaber derartiger Betriebe strafbar; ebenso machen sich Händler, die solche Betriebe beliefern, strafbar.

— Zuckerverforgung. Anfragen und Beschwerden beim Wirtschaftsministerium lassen erkennen, daß die sächsischen Ausfuhrbestimmungen zur Reichsverordnung über den Verkehr mit Zucker im laufenden Wirtschaftsjahre, veröffentlicht in der „Sächsischen Staatszeitung“ vom 8. November, vielfach nicht bekannt sind. Dem Lande ist zunächst eine Zuckermenge überwiefen, die für die Zeit bis Ende November die Abgabe von 3 Pfund auf den Kopf der Bevölkerung gestattet. Dieser Zucker ist lediglich für die sächsische Bevölkerung als reiner Mundzucker bestimmt; Abfuhrung und Abgabe zu anderen, insbesondere zu irgendwelchen gewerblichen Zwecken, ist verboten. Da die Wiedereinführung der Zuckertaxe erst vom 1. Dezember ab möglich ist, hat der letzter zur Verteilung gelangende Zucker in den freien Handel gebracht werden müssen. Die Kleinhandler sind jedoch nicht berechtigt, den Zucker in irgendeiner Form zurückzuhalten; sie haben bis zum 30. November den von ihnen bezogenen Zucker in Mengen von insgesamt 3 Pfund je Kopf auf Verlangen abzugeben. Verdrabgabe oder -entnahme ist verboten, ebenso selbstverständlich die Abgabe an Personen, von denen der Kleinhandler weiß oder vermuten muß, daß sie schon anderweit in entsprechendem Umfange sich eingekauft haben. Die Abgabe darf vom Inhaber anderer Ware nicht abhängig gemacht werden. Umverhandlungen unterliegen schwerer Bestrafung, Händler haben außerdem Ausschluß vom Zuckerhandel zu erwarten: zur Einhaltung der erlassenen

Vorschriften haben sie sich durch Abgabe einer Erklärung nach bestimmtem Muster zu verpflichten.

— Der Verkauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt in der Woche vom 20. bis 26. ds. Mts. unverändert zum Preise von 20000 M. für ein Romaniarmarkstück, 10000 M. für ein Rehmarmarkstück. Für ausländische Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt. Der Verkauf von Reichsilbermünzen durch die Reichsbank und Post erfolgt ebenfalls unverändert bis auf weiteres zum 450fachen Betrage des Nennwertes.

— Diskreditierung Sachsens durch leichtfertige Behauptungen gegen Minister. Die Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei meldet: In letzter Zeit häufen sich die Fälle, wonach das Ansehen Sachsens oder das Ansehen einzelner Berufsstände und der Verwaltung dadurch herabgesetzt wird, daß man leichtfertig erfindene Behauptungen gegen einzelne Minister öffentlich verbreitet. Ein ganz besonders verwerfliches Beispiel dieser Art ist das folgende: Der deutschnationale Abgeordnete Dr. Eckardt behauptete im Landtag am 6. Dezember 1921, der damalige Arbeitsminister Jüdel hätte die sächsische Industrie dadurch benachteiligt, daß er einmal gesagt habe: „Wenn Sie eben nicht ohne Überstunden auskommen können, dann dürfen Sie nicht so viele Aufträge annehmen“. Obwohl Minister Jüdel sofort diese Behauptung als Unwahrheit kennzeichnete und nachweisen konnte, daß er nie eine solche oder ähnliche Behauptung getan habe, wird neuerdings in der rechtsstehenden Presse diese Behauptung mit Bezug auf den Arbeitsminister Miska wiederholt und entsprechend umgefaßt. Es wird behauptet, er habe Überstunden in der Textilindustrie mit der Begründung abgelehnt, daß die Industriellen eben nicht mehr Aufträge annehmen könnten, als sie in der Waktunden-Arbeitszeit ausführen könnten. Die Blätter behaupten, der Arbeitsminister habe das „im Jahre des Heils 1922, wo uns das Wasser bis an den Mund reicht und nur intensive Arbeit uns vorwärts bringen kann“, gesagt. Es wird erneut festgestellt, daß diese Behauptung leichtfertig erfinden ist. Unannehmbar rührt sie aus der Deutschen Industrie-Korrespondenz, die im September 1921 eine ähnliche Behauptung von einem Verbandsmitglied eines Plauerer Bezirks mittelste, die aber auch weder vom Arbeitsminister noch von einem Beamten des Ministeriums berührt.

— Anrechnung überzahlter Notopferbeträge auf die Zwangsanleihe. Das Landesfinanzamt Dresden teilt mit: Nach § 11 des Gesetzes über die Zwangsanleihe sind die über das endgültig zu entrichtende Reichsnotopfer — § 36 des Vermögenssteuergesetzes — hinausgezahlten Beträge nicht Zinsen, die die Abgabepflichtigen nach § 39 des gleichen Gesetzes zu fordern haben, auf Antrag auf die zu zeichnende Zwangsanleihe anzurechnen. Die Anrechnung bringt den Vorteil, daß bei Ueberzahlungen, die bis 31. Juli 1922 geleistet worden sind, der Kaufpreis für die Anleihe noch mit 94 v. H. berechnet wird. Bei später erfolgten Zahlungen ist der für den betreffenden Monat festgesetzte Kaufpreis maßgebend. Der Antrag auf Anrechnung mit dann als gestellt, wenn der Zeichnungspflichtige der Anrechnung nicht bis zum 31. März 1923 widersprochen hat. Ist der Anrechnung aber einmal widersprochen worden, so ist ein dahingehender späterer Antrag unzulässig. Soweit Zeichnungspflichtige die Anrechnung wünschen, ist ihnen zur Vereinfachung des Geschäftverkehrs dringend zu empfehlen, einen Antrag zu unterlassen, da die Anrechnung nach dem 31. März 1923 durch die Finanzämter ohne weiteres erfolgen wird. Bis dahin sind nur etwaige Wünsche wegen Stundung der zu zeichnenden Zwangsanleihe dem Finanzamt zu übermitteln. Es kommen Stücke im Nennwerte von 1000, 2000, 5000, 10000 und 50000 M. in Betracht. Notopferleistungen an Vermögenswerten (§ 40 des Vermögenssteuergesetzes) finden von Zinsen wegen ohne Antrag statt. Gaben andere Personen einen Anspruch auf Erstattung, weil sie ihr Notopfer überzahlt haben, und wollen sie ganz oder teilweise auf Anrechnung auf Zwangsanleihe verzichten, so müssen sie einen besonderen Antrag beim Finanzamt einreichen, falls sie eine Erstattung vor dem 31. März 1923 erreichen wollen. Zur Vermeidung von Rückfragen ist in dem Antrage anzugeben, in welchem Umfange der Verzicht auf Anrechnung ausgesprochen wird.

— Oberschulen und Aufbauschulen. Die Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei teilt mit: Das Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts hat für die aus den bisherigen staatlichen Lehrer- und Lehrerinnenseminaren hervorgehenden unentgeltlichen Deutschen Oberschulen und sechsstufigen Aufbauschulen folgendes angeordnet: Die grundständige Form der Deutschen Oberschule hat zwei Fremdsprachen, und zwar in der Regel Latein und eine neuere Fremdsprache. In Orten, wo mit der Deutschen Oberschule eine Realschule verbunden oder eine selbständige Realschule vorhanden ist, kann, mit Rücksicht auf die Realschulabituieranten, die die Hochschulreife erstreben, in der Deutschen Oberschule von Obersekunda ab an die Stelle des Lateins eine zweite neuere Fremdsprache treten. Der Unterricht der Deutschen Oberschule mit zwei Fremdsprachen ist probeweise der vom Sächsischen Abilologenverein geschaffene Lehrplan zu Grunde zu legen. Bei aufstretendem Bedürfnis kann an diesen Oberschulen ein Zug mit einer und zwar einer modernen Fremdsprache nach dem Lehrplan des ehemaligen Sächsischen Seminarlehrervereins oder ein künstlerisch-technischer Zug mit einem noch zu schaffenden Lehrplan angegliedert werden. Hinsichtlich der den einzelnen Formen und Jügen der Deutschen Oberschule und der Aufbauschule zu gewährenden Berechtigungen hat das Ministerium für die hierüber zu treffenden Vereinbarungen der Länder folgendes Stellung übernommen: 1. Die grundständige Form der Deutschen Oberschule mit zwei Fremdsprachen erhält die Berechtigungen des Realschulmaturanten, wenn die eine Fremdsprache Latein ist; die der Oberrealschule, falls an die Stelle des Lateins eine zweite neuere

Fremdsprache tritt. 2. Der Zug mit nur einer Fremdsprache erhält alle Berechtigungen der neuzeitlichen höheren Lehranstalten außer der Anerkennung der Hochschulreife. 3. Der künstlerisch-technische Zug berechtigt zum Besuch der Kunsthochschulen. 4. Die Aufbauschulen erhalten die Berechtigungen derjenigen Formen der neueren höheren Lehranstalten, deren Vertiefung sie darstellen. Die als verstärkte Form der Deutschen Oberschule an den Seminaren in Annaberg, Bauen (s. a. S.), Dresden-N., Plauen und Waldenburg errichteten Aufbauschulen haben ihrem Unterricht den vom Sächsischen Volkskongress in veröffentlichten Lehrplan an Grund zu legen.

Von der Reichsgeschäftsstelle der Deutschen Rotagemeinschaft geht uns folgende Mitteilung zu: Nach den der Reichsgeschäftsstelle der Deutschen Rotagemeinschaft vorliegenden Mitteilungen scheint mancherorts daran gedacht zu werden, durch Wohltätigkeitsfeste und ähnliches der Deutschen Rotagemeinschaft Mittel auszuführen. Die Leitung der Deutschen Rotagemeinschaft steht demgegenüber auf dem Standpunkt, daß bei voller Anerkennung des guten Willens der Veranstalter es mit dem ernsten Zweck der Deutschen Rotagemeinschaft nicht als vereinbar erscheint, durch Abhaltung von Festen und Vergünstigungen Mittel auszubringen. Angesichts der inneren und äußeren Not des deutschen Volkes wird es des Anreizes von Tanzfestlichkeiten usw. nicht bedürfen, um allen, denen die schwere Not deutscher Volksgenossen am Herzen liegt, Veranlassung zu geben, ihren Beitrag zu dem Volkswohlstand zu leisten.

— Ergänzung der Verordnung des Kultusministeriums über religiöse Beeinflussung. Das Kultusministerium hat unter dem 11. November bestimmt, daß die Verordnung vom 24. August 1922 über religiöse Beeinflussung außerhalb des Religionsunterrichts keine Anwendung findet auf die Schulen lutherischer Kirchen- und evangelischer Gemeinden, bei denen bei der Vereinerung mit der Mehrheitsgemeinde die einwirkende Gestaltung ihres konfessionellen Charakters ausdrücklich zugesichert worden ist. Dagegen besteht kein Grund, diese Schulen von der Verordnung vom 12. August 1922 auszunehmen, nach der an staatlich nicht anerkannten Feiertagen Lehrern und Schülern künftig in keinem Falle Unterrichtsbefreiung zum Zwecke der Teilnahme an religiösen Feiertagsveranstaltungen erteilt werden darf.

— Fortgang der Missionenothilfe-Sammlung. Im ganzen Lande schreitet die große Sammlung für die Liebeswerke der Inneren Mission sehr erfreulich vorwärts. Am Durchschnitt beträgt das Ergebnis in den einzelnen Gemeinden das Fehlbetrag der letzten Missionenothilfe-Zusammensetzung im Jahre 1921. Besonders erfolgreich verließen bis jetzt die meisten Straßenmännchen in den Städten, was hauptsächlich auf die Wirkung der Postamtstempel zurückzuführen ist. Auch Naturgaben, z. B. Kartoffeln, werden in erfreulichem Maße aus ländlichen Gemeinden gesammelt und meist direkt einzelnen Anhalten zugeführt. Durch die fortschreitende Selbstwertung wird freilich auch die Not der Anhalten immer größer. Um dies Ziel der Sammlung, die Rettung der vielen Liebeswerke der Inneren Mission Sachens, zu erreichen, sind mindestens 20 Millionen Mark nötig. Die Sammlung läuft noch bis Ende November. Gaben nehmen alle evang.-luth. Pfarrämter an.

Streifen. Im Laufe voriger Woche sind von ruchloser Hand von den an der Straße nach Großsiedeln sechs angepflanzten jungen Birnbäumen von 14 Stück die Kronen abgebrochen worden. Als Täter ist ein 17-jähriger Bursche ermittelt worden.

Großsiedeln. Einen bösen Reinfall mußten drei Personen erleben, die am Donnerstagabend auf der Landstraße Raschdöbba — Zabelitz eine gutgefüllte Brieftasche fanden, in welcher neben barem Gelde auch ein bereits bezahlter Wechsel über eine größere Summe enthalten war. Der eine der Finder übergab den Wechsel zur Einlösung beim Landwirtschaftlichen Spar- und Vorsparverein einer in Großsiedeln wohnhaften Person. Bei Vorlegung des Papiers aber fiel der Betreffende der Kriminalpolizei in die Hände, wodurch der Betrugsversuch und die Fundunterschlagung aufgedeckt wurden. Der Verlierer konnte sein Eigentum wieder erhalten und die drei Personen sehen ihrer Bestrafung entgegen.

Döbba. Am Sonntagabend fand in einem Gasthause im Ortsteile Kleinbauers ein Fremder, ungefähr 28 Jahre alt, ein, und machte in kurzer Zeit eine große Menge, hauptsächlich in Eisen. Nachdem er genügend verzehrt hatte, schickte er ein und war auch nicht wieder munter zu bekommen, so daß sich die Polizei seiner annehmen mußte. Er kam auf ärztliche Anordnung in das Krankenhaus und schlief dort einige Tage hintereinander, wurde dann auf kurze Zeit munter und gab an, daß er Veronaltabletten genommen habe, um sich das Leben zu nehmen. Unter seinen Papieren wurde auch ein Entlassungsschein des Friedrichstädter Krankenhauses in Dresden, wo er bis vor kurzem untergebracht war, gefunden und auf dort gehaltene Anfrage ging die Nachricht ein, daß der betreffende Mann ein Betrüger sei und, wenn er eine Dummheit gemacht habe, genannte Tabletten nehme, um sich vor Bestrafung zu schützen. Wie er in Besitz dieser Tabletten komme, sei rätselhaft. Gegenwärtig schließt der Mensch, ein aus Großhartmannsdorf gebürtiger, 28 Jahre alter Monteur wieder.

Dresden. In der letzten Dresdner Stadtverordnetenversammlung wurde u. a. festgestellt, daß der tägliche Fehlbetrag bei der Straßenbahn trotz der neuerlich erfolgten Tarif-erhöhung sich auf 2 1/2 Millionen Mark beläuft. Weiter wurde mitgeteilt, daß voraussichtlich am 28. November Betrieb und Personal um 20—25 Prozent eingeschränkt werden. Dadurch werden 400 Beamte und 250 Arbeiter überflüssig.

Dresden. In der Zeit vom 11. bis 13. November sind aus einem Schuppen in der Gasanstaltstraße zwei glatte Eisenfässer (Eierform) mit Schwefelkohlenstoff im Gesamtgewicht von 499 000 Mark gestohlen worden. Schwefelkohlenstoff ist ein ganz hochexplosives Produkt. Die austretenden Dämpfe veranlassen die Explosion schon, wenn sich ihm jemand auf ungefähr 10 Meter mit einer brennenden Zigarette nähert. Die Dämpfe haben offenbar den Schwefelkohlenstoff als Benzin gestohlen und werden ihn auch als solchen an den Mann zu bringen suchen. Sollte dieser Explosionsstoff als Benzin verwendet werden, so würden ohne weiteres die Kraftfahrzeuge zur Explosion und vollständigen Vernichtung gebracht werden.

Freital. Der Besitzer der Burgsteinkohlenwerke, Freiherren von Burg, hat für Untermittel und Kleinrentner der umliegenden Ortsteile 1 Million Mark gestiftet. Die Beträge sollen zur Bewilligung des Heizmaterials und des Lichtes verwendet werden. Die invaliden Vergleute werden mit Deputaten bedacht.

Pitzna. Nachdem erst vor einigen Wochen durch einen unglücklichen Unfall das Geschäft einer hiesigen Firma in die Erde stürzte, wobei die beiden Werber erkrankten, wiederholte sich am Mittwochabend unweit derselben Unfallstelle beim Umwenden des Gewässers einer Copierfirma ein ähnlicher Unfall. Diesmal gelang es jedoch die wertvollen Werber zu retten, so daß der davon betroffene Unternehmer vor großem Schaden bewahrt blieb.

Witzsch. Der Einheitsfarg, den der Friedhofsausschuß einzuführen beschlossen hat, und der vom Friedhofsvorstand Alfred Behle erkundet ist, stellt eine bei jeder Beerdigung gedruckte Einheitsfarge für den sogenannten Unterfarg dar. Dieser Unterfarg, auf dem die Beise ruht, besteht nur aus einem Holzstift, aus dem ein

feiter Dapp. Er findet in einem Dauerfarg, dem Einheitsfarg, Aufnahme. Nach Einlassen des Sarges in die Gruft bedient sich der Beauftragte eines Mechanismus, worauf sich die beiden Seitenwände öffnen. Sodas der Innensarg ohne jede Erschütterung auf den Erdboden gleitet. In der Gruft bleibt nur der billige Zwischensarg, der jetzt für etwa 1500 bis 2000 Mark herzustellen ist.

Reichenbach. Die Zahl der öffentlichen Gaststätten wird in Reichenbach immer kleiner. Nachdem bereits einige 30, darunter mehrere Hotels, den schweren wirtschaftlichen Verhältnissen zum Opfer gefallen sind, schließt mit Ende dieser Woche die bekannte und beliebte Einkehrstätte „Reichung Weg“ ihre Pforten. Die Räume werden teils an Wohn-, teils an gewerblichen Zwecken umgebaut.

Plauen i. V. In den letzten Tagen gelang es Kriminalbeamten, vier Schulknaben im Alter von 13 bis 14 Jahren als Diebstahlsverdächtige zu ermitteln, die zu verschiedenen Malen Dachziegel, Zinnschmelze und dergleichen von Gartenhäusern heruntergeschleudert und bei Altkleiderhändlern verkauft hatten. Die Fährlichen waren eines Tages in einem Garten am Friedhof beobachtet worden, haben aber einem Kriminalbeamten, der sie an Ort und Stelle verhaftete, an, daß sie in den Garten eingebrochen seien, um wilde Kaninchen zu fangen. Zwei von den beschuldigten Knaben zogen wenige Minuten später mit einem Handwagen nach der Gasanstalt und stahlen dort eine größere Menge Mehl. Noch am Abend wurde es für über 10 000 Mark verkauft und das erlöste Geld geteilt. Bis jetzt ist es möglich gewesen, den jugendlichen Erzhäuden 11 Fälle nachzuweisen, in denen sie Brot, Bier und dergleichen gestohlen haben. — Die Sächsische Straßenbahn-Gesellschaft in Plauen stellt am 31. Dezember den Betrieb ein, weil die Einnahmen die Ausgaben nicht mehr decken. Dem Personal ist bereits geflüstert worden.

Falkenstein i. V. Bei der gestern hier stattgefundenen Stadtverordnetenwahl haben von 1985 berechtigten Wählern 781 von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht, gleich rund 40 Prozent. Von 24 Listen haben erhalten die Vereinten Sozialdemokraten 5, die Kommunisten 6, die parteilose Arbeitsgemeinschaft (bürgerlich) 7, die Demokraten 3, die Sozialdemokraten 2 Sitze und die Arbeiter 1 Sitz. Neu war diesmal die Liste der Hausbesitzer und Mieter. Rechnet man die Mieter und die Hausbesitzer zu den bürgerlichen Parteien, so stehen 13 bürgerlichen 11 linksparlamentarischen gegenüber. Bei der Wahl vor zwei Jahren war das Verhältnis 13 bürgerliche und 11 Sozialdemokraten. Das Verhältnis hat sich demnach nicht verändert.

Vorna. Ein zur Zeit in Schweden tätiger Landmann, der aus der Nähe unserer Stadt stammt, und in Vorna auch seine Weidwiese verliebt, hat in dankenswerter Weise für nortelbende Klein- und Sozialrentner 100 000 Mark überreicht. Dieses Geld ist bestimmungsgemäß zum Ankauf von 200 Jentnern Kartoffeln verwendet worden, die teilweise schon zur Ausgabe gelangt sind.

Grina. Am die nötigen Kapitalien zur Beschaffung von Kohlen aufzubringen, geht die städtische Gasanstalt von der bisherigen nachträglichen Einlieferung der Rechnungen ab und führt bei ihren Abnehmern von Gas und Elektrizität die Vorauszahlung ein.

Leipzig. In den letzten Wochen sind in Leipzig für nicht weniger als über 100 Millionen Mark Rauchwaren gestohlen worden. In Lindenauer Richtereien wurden Felle im Werte mehrerer Millionen gestohlen. In der Nikolaistraße fielen Einbrechern Rauchwaren im Werte von 28 Millionen Mark in die Hände und schon wieder meldete der Polizeibericht einen Rauchwarendiebstahl im Wertumfang von 15 Millionen Mark. Die Einbrecher sind in dem letzten Falle in die Rauchwarenrüsterei von Wachtel in Leipzig-Dölitz eingedrungen. Gestohlen wurden 780 fast fertig angegerichte japanische Messer, sowie 750 halbfertige, auf Nera gefärbte Hamsterfelle. Am Sonnabend ist es der Polizei gelungen, die Täter festzunehmen und die gestohlenen Felle wieder herbeizuschaffen.

Wittichenau. Treiberstreik — eine gewiß nicht alltägliche Erscheinung — trat bei der letzten großen Treiberjagd in Spölla auf. Jäger und Treiber waren pünktlich zur Stelle, die Jagd konnte beginnen. Da erklärten ganz unerwartet die Treiber, daß sie mit den bisherigen Lohnsätzen (Treiber und Abendrot) nicht mehr einverstanden sind, und forderten für ihre Arbeit 10 Pfennig. Die Herren Nimrode befaßen sich daraufhin in einer recht peinlichen Lage. Der Jagdpächter, ein Hopperswerder Bankvorsteher, lehnte eine solche Lohnforderung ab — 10 Pfennig kosten jetzt über 20 000 Mark — und Streikbrecher waren im ganzen Dorfe nirgends zu finden. Ein Schiedsgericht unter dem Vorsitz des Landrates trat zusammen. Nach 7-tägiger Unterhandlung nahmen die Streikenden ohne die gewünschte Lohnaufbesserung die Arbeit auf. Bei einer Anerkennung der Forderung wäre von der Jagdbente wenig übrig geblieben, denn nur ein Dugend Pfennig wurde zur Strecke gebracht.

Gerichtssaal.

Beleidigungsvorwurf Müller-Deim. Die Beweisaufnahme konnte am Sonnabend beendet werden. Nach erneuten weiteren Auseinandersetzungen hielt der Vertreter der Anklage, Staatsanwalt Dr. Fischer, sein Plädoyer. Er führte unter anderem aus, daß auch im republikanischen Staat schärfste Kritiken und heftige Satire gestattet seien, wenn auch nicht schrankenlos. Gegenstand der umfangreichen Anklage sind eine Anzahl im „Spötter“ veröffentlichte Artikel und Gedichte, worin Müller-Deim schärfste Angriffe auf Mitglieder der Nachrichtenstelle der Staatskanzlei unternommen hatte, nachdem ihm das Nachrichtenmaterial entzogen worden ist. Fühlte er sich dadurch benachteiligt, dann stand ihm jederzeit das Recht auf sachliche Kritik zu und davon habe er in denkbar ausgiebigster Weise Gebrauch gemacht und ferner darüber hinaus in schärfster Weise Angriffe aller Art, insbesondere gegen Oberregierungsrat Dr. Boehm, unternommen. Alles habe Angeklagter daran gesetzt, Dr. Boehm und die anderen Herren der Nachrichtenstelle in der Öffentlichkeit herabzusetzen, lächerlich zu machen, zu verunglimpfen und gar bis zu verächtlichen. Aber wenn man auch in bezug auf den „Spötter“ als Witzblatt weitergehend Rechnung trägt, dann findet man in Form und Inhalt persönliche Angriffe aus rein egoistischen Motiven heraus. Unmäßigkeit sei Müller-Deim vorgegangen, systematisch sind die ganzen Angriffe erfolgt. Im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen zeigte Staatsanwalt Dr. Fischer an einer Anzahl Beispiele, wie die Absicht einer Beleidigung so klar zutage trete, daß aber auch nicht der geringste Zweifel bestehen bleibe oder aufkommen kann. Ein höchst unerfreuliches Bild habe gerade dieser Vorwurf aufgeworfen. Man habe gesehen, wie Angeklagter den Verurteilten als Schriftsteller und Verleger in denkbar gründlicher Weise mißhandelt. Die beiden Mitangeklagten Knoblauch und Gade seien als Mittäter zu bestrafen, sie waren willenlose Werkzeuge Müller-Deims. Eine mildere Bestrafung sei hier angebracht, wenn auch andererseits nicht zu verkennen ist, daß auch hier abstrahierend gewirkt werden muß gerade in dieser Richtung. Als Nebenkläger führte Oberregierungsrat Dr. Boehm noch einmal zusammenfassend aus, welche triftigen Gründe für die Regierung vorliegen, warum Müller-Deim das amtliche Nachrichtenmaterial gepörrt werden mußte, und wie er dann mit ganz falschen Angaben und Behauptungen in drohender Weise versuchte, seinen Eintritt in die Pressekonferenz zu erzwingen. Im Regententeil seiner ebenfalls außerordentlich heftigen

Ministerpräsident Bue und andere Herren der Regierung sei Müller-Deim noch sehr mild behandelt worden. Alles sei aus rein egoistischen und persönlichen Gründen geschehen. Wenn auch Knoblauch und Gade, seine Werkzeuge, milder zu bestrafen sind, so müsse er für den Haupttäterschuldigen eine strenge Bestrafung fordern. Rechtsanwalt Dr. Pfeifferbauer, der Vertreter des Nebenklägers, führte unter anderem aus, daß Müller-Deim unabweisbar für längere Zeit nicht aus dem Gefängnis herauskommen würde, wenn auch Ministerpräsident Bue Strafantrag gestellt haben würde für die Schmähungen, die ihm Angeklagter zugefügt. Professor Dingeldey, der zugelassene Wahlverfechter, versuchte in sehr langen Ausführungen ein anderes Bild von den drei Angeklagten zu entwerfen, und was besonders Müller-Deim in dieser Handlungswiese getrieben. Weiterer betonte dann im Schlußwort, daß er wiederholt die Minister Lipinski und Fleißner in Schutz genommen. Er zog dann alle Register, um vor Gericht darzutun, was er für ein wirklich guter Mensch usw. gewesen ist und noch sei. Abends 10 Uhr wurde dann die Verhandlung abgebrochen. Das Urteil wird am kommenden Sonnabend um 1 Uhr mittags verkündet werden.

Feuerungs- und Plünderungen in Dresden.

Die am Donnerstagabend in den Innenstädten in Dresden von den Mitgliedern des Internationalen Bundes der Kriegsgesellen, der Sächsischen Invalidenvereine und des Erwerbslosenrates beschlossene Straßenkundgebung fand, wie der „Dresdn. Anz.“ berichtet, am Sonnabendnachmittag statt.

Auf dem Fischhofplatz hatten sich gegen 2 Uhr mehrere hundert Menschen eingefunden. Von einem Fenster im ersten Stockwerk des Hauses Fischhofplatz 10 waren mehrere Redner zu der Menge. Ein Redner berichtete über die Verhandlungen mit dem Ministerpräsidenten Bue. Der letzte Redner forderte auf, einen Zug zu bilden und den Führern auf dem vorgeschriebenen Wege zu folgen. Erik wenn die Zeit gekommen sei, würden sie zur Selbsthilfe aufgerufen werden.

Unter der Vorantragung von Schildern, die teils nur das Wort „Hunger“, teils den Slog „Kur die Arbeit kann uns retten“ enthielten, setzte sich die Menge gegen 3 1/2 Uhr zu einem Umzuge durch die Stadt in Bewegung. Fast sämtliche Geschäfte in der Stadt hatten geschlossen. Der Demonstrationszug bewegte sich unter dem Gesänge der Internationale durch die Innenstraße, über den Volkplatz, durch die Wilsdruffer Straße, Johannisstraße nach dem Rathaus. Der Zug, der mittlerweile auf mehrere tausend Menschen angewachsen war, bog vom Ring aus in die Prager Straße ein. Der Straßenbahnverkehr war eingestellt worden. Gegen 4 1/2 Uhr marschierten die Demonstrationen über den Wiener Platz nach dem Bahnhofgebäude aus. Dort wurden noch einige Reden gehalten und die Demonstration für beendet erklärt.

Einige Teilnehmer wandten sich, obgleich ein starker Regen ankam, nach der Prager Straße und dem Hauptbahnhof. Vor dem Hause Wilsdrufferplatz 12 schlug man die beiden Schaufensterscheiben der Konditorei Sander ein. Die Schaufensterbauten wurden zertrümmert, die Gardinen und die Dekorationsstoffe herabgerissen, Brötchen, Kuchen und Kognak mitgenommen. Die Brötchen waren teilweise unter die auf der Straße Stehenden. Der Schaden beläuft sich nach einer ganz oberflächlichen Schätzung auf weit über eine Million Mark, allein die beiden Schaufensterscheiben kosten ungefähr 300 000 Mark. Der Inhaber der Konditorei Sander hat das Geschäft erst vor Jahresfrist übernommen.

Im Schneidergeschäft von Heugold ebenda wurden das eiserne Schutzgitter losgewaschen, die Scheiben eingeschlagen und das Geschäft vollständig ausgeplündert. 50 Angestellte des Geschäftes sind brauklos geworden. Der Schaden beträgt viele Millionen von Mark; ein Meter guter Stoff kostet heute 20 000 bis 30 000 Mark, und 3000 Meter Stoff sind gestohlen worden.

Als die Plünderung ziemlich beendet war, erscholl lautstimmig die „Die Sippe!“ und die Menge hob nach allen Seiten auseinander, sammelte sich jedoch wieder und zog stadtwärts. Unterwegs wurde der Zug jedoch zerplittert, da an der Ferdinandstraße über die Prager Straße blaue und grüne Polizei aufgestellt war; auch an der Wilsdrufferstraße fand Landespolizei. Auf der Seestraße vollends kam dem Zuge ein größeres Kontingent Polizei entgegen. Infolgedessen rannten die Teilnehmer wildlich unter lauten Rufen in die Gasse an der Prager und die Schreiberstraße entlang. Quer über den Altmarkt kam abermals Polizei angelockt und die Massen drängten in die Wobergasse. Hier waren jedoch fast sämtliche Läden fest verschlossen; die letzten schloßen sich gerade an. Schuggitter und Bretter vor den Schaufenstern anzubringen. Einige Sekunden frosten in der engen Gasse die Scharen, da die an der Spitze Marschierenden vor der Seefischhandelsaktiengesellschaft den Angeklagten der Firma die Schutzbretter, die gerade angebracht werden sollten, zu entreißen suchten. In diesem Augenblick wurde aber auf der Wallstraße grüne Landespolizei sichtbar, und vom Altmarkt aus wurde auch hart nachgedrückt. Quer über den Volkplatz zogen die Truppen nach dem Palast-Hotel Deber. Die Wilsdruffer zur Palastkonditorei wurde zertrümmert. Blaue Polizei besetzte den Eingang. Nach und nach rückten weitere Gruppen blaue und grüne Polizei heran. Die Lage war zeitweise kritisch. In der Innenstraße wendete sich ein Trupp gegen ein Konfektionsgeschäft in der Nähe der Innenstraße und ein Schokoladengeschäft (Innenstraße 41), das völlig ausgeplündert wurde.

Gegen 4 1/2 Uhr kam es auf dem Poppitz zu neuen Zusammenrottungen. Kurz zuvor war nämlich auf der Wilsdrufferstraße das Kolonialwarengeschäft von Stillemann geplündert worden. Mehrere Plünderer wurden hier von der Polizei, die in Lastautos eintraf, festgenommen und nach der Wache auf dem Poppitz gebracht. Auch hier war die Lage einige Zeit lang gespannt. Inzwischen war die Dunkelheit herabgebrochen. Verirrte Polizei und ein arger Schneewetter vertrieben die Ansammlungen.

Während dieser Vorgänge war auch anderwärts geplündert worden. So war eine anfangs kleine Gruppe nach Einwerfen mehrerer Schaufenster des Modehauses Renner in die Anlagen eingedrungen und hatte hier schlimm gehandelt. Ferner ist der Wäckerladen auf der Vermorscherstraße 4, ein Geschäft auf der Lindenaustraße und ein Laden Wilmiger, Ecke Wilsdrufferstraße, geplündert worden.

Ein Zug bewegte sich in der 7. Stunde von der Wilsdruffer Straße her am Altmarkt vorbei durch die Seestraße und marschierte unter dem Gesänge der Internationale die Prager Straße entlang nach dem Europäischen Hof. Doch erschien von der Christianstraße her Polizei und sicherte den Eingang. In Trupps ging es nach dem Wiener Platz; dort geräumten sich die Ansammlungen, da Polizei zu Pferde und auf Lastautomobilen nachdrücklich zum Weitergehen aufforderte.

Das Presseamt des Dresdner Polizeipräsidiums teilt folgendes mit:

Bei der am Sonnabend abgehaltenen Hungerdemonstration sind von der Polizei 40 Personen wegen Plünderung und Aufruhrs festgenommen worden. Unter den Festgenommenen befinden sich nur 18 Erwerbslose und 2 Verleumdungsbeschuldigte. Die übrigen in Haft genommenen Personen haben, wie festgestellt, mit den Erwerbslosen überhaupt nichts zu tun, denn bei ihnen sind teilweise erhebliche

Unfreiwilliges Tod deutscher Kolonialpolitik.

Für die Londoner Versteigerung der deutschen Kolonien im britischen Teil von Kamerun (79 Grundstücke mit Inventar) wurde ein 76 Seiten umfassender Katalog angefertigt. Der Katalog ist für Deutschland ein Dokument allerersten Ranges; denn hier wird einwandfrei von der englischen Regierung anerkannt, was von deutscher Seite in verhältnismäßig kurzer Zeit auf solitären Gebiet geleistet worden ist. Die Uebernahme wird als eine der besten Katastrophenleistungen der Welt bezeichnet, andere als ganz hervorragend ausgerufen; bis ins einzelne werden die vorhandenen natürlichen Einrichtungen zur Ausbeutung der gesamten Früchte — hauptsächlich Kaffee, Gummi und Palmkerne — die überall vorhandenen sanitären Einrichtungen beschrieben. Weitergehendste Verbreitung dieses Dokuments, hauptsächlich im neutralen Ausland, kann und nur recht sein. Mögen aber die Leser bei der Lektüre dieses Kataloges nicht vergessen, daß es dieselbe Macht, welche hier ein so ausgezeichnetes anerkanntes Urteil über Deutschlands Leistungen fällt, gewesen ist, welche mit der Behauptung, daß Deutschland unfähig sei zu kolonisieren, den Raub der deutschen Kolonien durch den Friedensvertrag von Versailles gerechtfertigt hat. Jeder einsichtige Leser wird sich bei der Lektüre dieses Buches der Einsicht nicht verwehren können, welches ungeheure Unrecht und durch diesen Raub angetan ist, und welcher Wahnsinn es ist, die tüchtigen Männer, welche berartige großartige Anlagen geschaffen haben, von ihrem Tätigkeitsfeld in brutaler Weise zu vertreiben, zur Unfähigkeit zu verdammen, und deren in schwerer Arbeit erworbenen Erfahrungen, die nicht nur Deutschland, sondern allen Kulturländern zum Nutzen gereichten, einfach auszuscheiden.

Die Widerlegung Poincarés.

Zu der Rede des französischen Ministerpräsidenten Poincaré in der Kammerkammer am 17. November erzählt Wolffs Büro von zuständiger Berliner Stelle u. a.:

Der Poincaré stellt in der Rede u. a. Behauptungen auf über die „kandalöse Prosperität“ der deutschen Großindustrie, die Wiedereroberung der Weltmärkte durch Deutschland, unangeheure Käufe in den Vereinigten Staaten, die systematische Erhöhung der Beamtenschaft und der Beamtengehälter ohne Ausweis durch Steuern usw.

Die Zahl der Beamten und Angestellten nach Kriegsausbruch hat zur Hauptsache infolge der Durchführung des Friedensvertrages zugenommen. Gaben doch zum Beispiel dessen Bestimmungen über das Auswahlverfahren die Schaffung eines Ausgleichsamtes mit 5000 Beamten und Angestellten notwendig gemacht oder die Viehablieferungskommission mit einem Personal von 1000 Beamten und Angestellten. Durch die Verwirklichung der Eisenbahnen und den Ausbau der Reichsfinanzverwaltung sind eine große Zahl früherer Landesbeamte Reichsbeamte geworden. Die Zahl der Beamten und Angestellten ist in der letzten Zeit erheblich verringert worden und wird in der nächsten Zeit noch weiter verringert werden. Die Beamtenegehälter sind, gemessen an ihrem Goldwert und ihrer Kaufkraft, ständig zurückgegangen.

Was die Steuern anlangt, so betragen die Einnahmen aus Einkommen-, Verbrauchs- und Verbräuchsteuer, Zölle und Ausfuhrabgaben im Jahre 1918 5938 Milliarden Mark, 1919 8890 Milliarden Mark, 1920 44534 Milliarden Mark, 1921 82739 Milliarden Mark, 1922 (bis 31. Oktober) 185747 Milliarden Mark. Es kann also nicht die Rede davon sein, daß die Beamtenegehälter nicht durch Steuern ausgeglichen würden.

Poincaré verweist ferner auf die deutsche Schlenkerkonkurrenz auf dem Weltmarkt und behauptet, Deutschland habe den Weltmarkt wieder erobert. Die deutsche Regierung hat durch die Ausfuhrpreiskontrolle versucht, die Ausfuhrpreise den Weltmarktpreisen anzugleichen, doch haben diese Bemühungen infolge der außerordentlich raschen Entwertung der Mark in der letzten Zeit keinen vollen Erfolg haben können. Und was die „Eroberung“ des Weltmarktes anlangt, so beträgt die deutsche Ausfuhr heute knapp ein Drittel der Vorkriegsausfuhr.

Für die Wareneinfuhr nach Deutschland bestehen Einfuhrzölle, die auf den Waren nur in geringen Grenzen, weil sie in den wesentlichen Positionen von unbedingten Lebensnotwendigkeiten befreit ist.

Zur Widerlegung der „kandalösen Prosperität“ der deutschen Industrie braucht nur darauf hingewiesen werden, daß im August 1922 der durchschnittliche Kurswert der an der Berliner Börse gehandelten Aktien in Papiermark 837 Milliarden betrug, der Goldmarkwert dagegen nur 3,25 Milliarden. Die Durchschnittsbilanz der deutschen Wirtschaft im Jahre 1922 im Vergleich mit dem Jahre 1913 im Goldmark. Demgegenüber rechnete man vor dem Kriege mit einer Durchschnittsbilanz von 6 v. H. in Goldmark.

Schließlich behauptet der französische Ministerpräsident, Deutschland habe niemals den ausdrücklichen Wunsch gehabt, seine Reparationsschuld zu begleichen. Demgegenüber kann nur immer wieder auf die feststehende Tatsache hingewiesen werden, daß Deutschland bisher auf Grund des Friedensvertrages an einmaligen und fortlaufenden Leistungen bereits mindestens 41 Milliarden Goldmark gezahlt hat.

Die Pariser Verhandlungen.

Aus Paris wird gemeldet: Nach den Orientverhandlungen des Sonnabends nachmittag wurde von Davao ein offizieller Bericht ausgegeben, in dem erklärt wird, daß die Besprechungen zwischen den Vertretern Englands, Frankreichs und Italiens über die auf der Konferenz in Lausanne zu regelnden Fragen des Einvernehmens zwischen den Alliierten in allen Punkten befristet haben, über die in Lausanne verhandelt werden muß.

Der diplomatische Mitarbeiter der Agentur Davao will erfahren haben, es herrsche der Eindruck vor, daß das Mißverständnis, das letzte Woche zwischen London und Paris wegen der Haltung der französischen Regierung bestanden habe, beseitigt sei. In erster Linie sei das englische Memorandum über die der türkischen Delegation vorzuschlagenden Friedensbedingungen als Grundlage für die Erörterungen bei den Friedensverhandlungen bestimmt worden. Man werde also den Türken gemeinsame Vorschläge unterbreiten. Die Alliierten würden sofortiger handeln. Weder die französische noch die englische Regierung könnte duldend, daß die Türken ihre Verpflichtungen verletzen, indem sie durch ihre Streitkräfte einen unzulässigen Druck auf die diplomatischen Unterhandlungen ausüben. Das Abkommen von Bucharest müsse formell gewahrt werden. Insbesondere könnten nicht türkische Truppen Konstantinopel besetzen, vielmehr müßten die alliierten Truppen bis zum Abschluß des Friedens dort verbleiben. Sollten die alliierten Streitkräfte in der neutralen Zone angegriffen werden, so würden sie sich notwendigweise verteidigen.

Eine weitere Meldung aus Paris besagt: Ueber die zwischen Lord Curzon und Poincaré in Anwesenheit des italienischen Botschafters geführten Verhandlungen wird auf Verlangen Lord Curzons Stillschweigen beobachtet. Trotzdem soll eine berufene Persönlichkeit dem diplomatischen Mitarbeiter der Agentur Davao erklärt haben: „Alles, was

Die Regierungstrife noch nicht beendet.

Ein Schreiben Geheimrat Cuno's.

Aus Berlin wird vom Sonnabend gemeldet: Der mit der Bildung des Kabinetts beauftragte Geheimrat Cuno hat an den Herrn Reichspräsidenten in den Abendstunden folgendes Schreiben gerichtet:

Herr Reichspräsident!

Sie haben mir den Auftrag zur Bildung des Reichskabinetts erteilt, nachdem Ihre persönliche Nominierung mit den Parteiführern erachtet hat, daß sämtliche Parteien der Arbeitsgemeinschaft und der Sozialdemokratie auf dem Boden der an die Reparationskommission gesandten Note vom 13. d. M. stehen und mir das Vertrauen entgegenbringen, das neue Kabinett zu bilden. Im Hinblick hierauf habe ich den Auftrag angenommen in der Absicht, ein Kabinett der Arbeit zu schaffen, das in seiner Zusammensetzung der Notwendigkeit sachlicher Führung der Geschäfte entspricht und vom Vertrauen des Reichstages getragen wird. Die hierfür erforderlichen Besprechungen mit den Führern der Parteien haben ergeben, daß einzelne Parteien nicht nur Anregungen und Wünsche, sondern auch Vorschläge vorbringen, die die Wahl der einer Partei zu entnehmenden Kabinettsmitglieder, deren Person, deren Weisheit, ja sogar die Frage betreffen, ob ein Mitglied des bisherigen Kabinetts ein anderes Ressort übernehmen soll. Damit entfallen die Voraussetzungen, unter denen ein zu sachlicher Arbeit geeignetes Kabinett gebildet werden kann. So wenig ich die Notwendigkeit verkenne, eine Zusammenarbeit zwischen Parlament und Kabinett auch durch dessen Zusammenlegung sicherzustellen, so sehr muß ich entscheidendes Gewicht darauf legen, daß Auswahl der Mitglieder und Weisheit des Ernennens desjenigen überlassen bleibt, dem der Auftrag zur Bildung übertragen worden ist. Da das zur Zeit nicht der Fall ist, bitte ich, den Auftrag zur Bildung des Kabinetts in Ihre Hände zurücklegen zu dürfen, wobei ich nicht verfehlen möchte, für das Vertrauen zu danken, das mir durch den Auftrag geworden ist.

Ueber die hierauf eingeleiteten weiteren Verhand-

lungen wird berichtet: Die Verhandlungen, die der Reichspräsident unter Bekanntheit des Schreibens des Generaldirektors Cuno Sonnabend abend 7 Uhr mit den Führern der Fraktionen der Sozialdemokraten, des Zentrums, der Demokraten, der Bayerischen und der Deutschen Volkspartei begann, dauerten bis in die späten Abendstunden. Ein abschließendes Ergebnis wurde nicht erzielt, doch ergab sich aus der Besprechung die Möglichkeit, daß die aufgetretenen Schwierigkeiten in der Weise überwunden werden können, daß die vorgenannten Parteien auf der Grundlage des von ihnen im Zusammenhang mit der deutschen Note an die Reparationskommission vom 13. November d. J. vereinbarten Programms dem Geheimrat Cuno freie Hand in der Auswahl seiner Mitarbeiter lassen, und dann die so gebildete Regierung beim Reichstag um die Vertrauenszustimmung nachsuchen. Auf dieser Basis würde Geheimrat Cuno seine Verhandlungen um die Kabinettsbildung mit Aussicht auf Erfolg fortsetzen können.

Am gestrigen Sonntag hatten führende sozialdemokratische Politiker eine Zusammenkunft, die zu dem Ergebnis kam, daß die Sozialdemokraten die große Koalition nach wie vor ablehnen. Ein solcher Antrag soll auch der heute nachmittag 2 Uhr zusammengetretenen Fraktionsversammlung unterbreitet werden. Sollten die Sozialdemokraten an ihrer ablehnenden Stellung weiterhin festhalten, so will Reichspräsident Ebert einen Führer der Arbeitsgemeinschaft der Mitte mit der Bildung einer Minderheitsregierung betrauen.

Als im Laufe des gestrigen Abends das Ergebnis der sozialdemokratischen Sitzung bekannt wurde, leitete sich die Führer der bürgerlichen Parteien miteinander in Verbindung. Nach dem Ergebnis dieser Besprechungen ist anzunehmen, daß zwischen der Deutschen Volkspartei, der Bayerischen Volkspartei, dem Zentrum und den Demokraten ein Einverständnis darüber erzielt werden wird, ein bürgerliches Mittellkabinett zu bilden. Ob es sich um ein überparteiliches oder um ein politisches Kabinett handelt, läßt sich noch nicht sagen; seit aber steht, daß Geheimrat Cuno dieser vier Parteien fidei sein kann.

Unsere Ernährungsschwierigkeiten.

Auf dem gestrigen zweiten Parteitag der Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes ergriff auch der bisherige Reichsernährungsminister Dr. Febr das Wort. Er wies auf die durch Feuerung und Mangel an Rohstoffen verursachten Ernährungsschwierigkeiten hin und erklärte, die künftige Ernährungspolitik werde immer von den bekannten Worten des Reichskanzlers getragen sein müssen: „Eit Brot für das deutsche Volk, dann Reparationen.“ Dr. Febr betonte, er sei nach wie vor gegen die Wiedereinführung der alten Zwangswirtschaft und werde sich solchen Bestrebungen auch weiterhin entgegenstellen, wenn ihm das Amt des Ernährungsministers wieder übertragen werden sollte, weil nach seiner Ansicht das Volk Deutschlands nicht in der Landwirtschaft, sondern in der Steigerung der Produktion liege.

Verbot der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei.

Die im Jahre 1920 in München gegründete Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, die auf streng völkischer Grundlage steht, ist, wie ihre in Preußen bestehenden Zweigvereine, in Preußen verboten worden, da sie, wie in der Begründung gesagt wird, in mehrfacher Beziehung gegen die Bestimmungen des Gesetzes zum Schutze der Republik verstoßt; insbesondere bestünde innerhalb der Partei eine Sturmabteilung, die unter Dr. Adolf Hitler in München allein 7000 Mann stark sei, sich in Sonderabteilungen auflöse und mit Waffen versehen sein soll. Ferner sind in Preußen für aufgelöst erklärt: die Nationale Sparvereinsvereine in Berlin-Wannsee, sowie die angegliederten Landesverbände, Bezirks- und Ortsgruppen, somit auch die Sparvereinsvereine, die Sparvereinsvereine Berlin, der Verein schlesischer Landwirte zur Ausbildung einheimischer Arbeiter für Land- und Forstwirtschaft und der Verein deutscher Wandersportler. Alle diese Vereinigungen seien nichts anderes als eine Fortsetzung der verbotenen Organisation „Hitlerbach“; sie seien zum Teil militärisch organisiert und im Besitze von Waffen oder geheimen Waffenlagern, die nur den Führern bekannt seien.

Aus München wird gemeldet: Die Nationalsozialisten hatten für Sonnabend abend eine Versammlung in Regensburg in Aussicht genommen. Polizeibehörde war ein Verbot dieser Versammlung nicht erfolgt. Die Eisenbahnbeförderung hatte der Münchener Ortsgruppe der Nationalsozialisten einen Sonderzug zugeführt, doch wurde diese Zulage zurückgezogen, da seitens der gemeinnützigen Arbeiterkassen mit Sabotageakten gedroht worden war. Die bereits zur Abreise auf dem Bahnhof versammelten Nationalsozialisten beschlossen darauf, eine Abordnung zum Ministerpräsidenten zu entsenden, mit dem in Anwesenheit des Staatsministers des Innern Dr. Schwegler eine Aussprache stattfand. Dabei wurde insbesondere darauf hingewiesen, daß der bayerischen Staatsregierung ein unmittelbarer Einfluß auf die Entschlüsse der Reichsregierung einzuwirken nicht zustehe. Die Abordnung stellte in Aussicht, daß sie die Angelegenheit im Wege der Beschwerde weiter verfolgen werde, wodurch der Staatsregierung Gelegenheit gegeben werden soll, die grundsätzliche Frage mit den zuständigen Reichsstellen zu erörtern.

Der Allianzvertrag zwischen der Tschechoslowakei und Jugoslawien.

Aus Prag wird gemeldet: Am 14. August 1922 in Wien zwischen der Tschechoslowakei und Jugoslawien abgeschlossenen Allianzvertrages mitgeteilt. Der Vertrag bezieht im einzelnen: Das am 14. August 1922 in Wien zwischen den beiden Staaten abgeschlossene Abkommen wird auf die gleiche Zeit wie die Wienerabender Konvention verlängert. Beide Vertragsparteien nehmen die politischen und militärischen Verträge und Abkommen zur Kenntnis, die einerseits die Tschechoslowakei mit Rumänien, Desterreich und Polen, andererseits Jugoslawien mit Rumänien und Italien abgeschlossen hat. Die Vertragsparteien werden sich bemühen, allen ihren wirtschaftlichen, finanziellen und Verkehrsbeziehungen eine feste Grundlage zu geben und einander dabei die enge Zusammenarbeit zu sichern. Sie verpflichten sich, einander alle politischen und diplomatischen Unterstützungen in ihren internationalen Beziehungen zu gewähren. Für den Fall, daß sie ihre gemeinsamen Interessen für bedroht halten, gehen sie die Verpflichtung ein, sich über die Maßnahmen zum Schutze dieser Interessen zu einigen. Die Konvention bleibt fünf Jahre vom Tage des Austausches der Ratifikationsurkunden an in Kraft. Nach Ablauf dieser fünf Jahre kann jede der Vertragsparteien die Konvention kündigen, indem sie hiervon dem anderen Vertragspartner sechs Monate vorher Mitteilung macht. Die Regierungen

Der neue Kalif.

Nach einer Meldung aus Konstantinopel hat die Nationalversammlung von Angora den Thronfolger Abdul Mehdi Effendi zum Kalifen gewählt. Die offizielle Bekanntgabe soll unverzüglich erfolgen. Die Einsegnungszeremonie wird heute vor sich gehen. Gestern hat die Nationalversammlung von Angora nacheinander drei Sitzungen abgehalten, in denen die Wahl des Kalifen zur Debatte stand.

Der Kreuzer „Malaga“, auf dem sich der Sultan mit seinem Gefolge eingeschifft hatte, ist Sonnabend vormittag nach Malta abgegangen. Eine Davao-Meldung aus Konstantinopel besagt, in muslimischen Kreisen wurde erklärt, daß der Sultan nach den Vorschriften des Koran, wonach auf christliches Gebiet zu lächeln, und der ausländischen Schutzhilfe, ohne weiteres als abgelehnt angesehen werden müsse.

Auf Verlangen des Delegierten von Angora haben die alliierten Oberkommissare mit Wirkung vom 19. November ab die interalliierte Konfuz abgelehnt.

der beiden Staaten haben den Völkerverbund um die Reglerung dieses Allianzvertrages erucht.

Die Wahlen in Oberschlesien.

Am gestrigen Sonntag fanden in Oberschlesien die Nachwahlen zum Reichstag und preussischen Landtag, sowie Wahlen zum Provinziallandtag statt. Nachdem die ober-schlesische katholische Volkspartei ihre Wahlvorschläge zurückgezogen hat, sind an den Wahlen nur noch acht Parteien beteiligt. Bei den Wahlen am 19. Januar 1919 wurden in dem nunmehr deutsch gebliebenen Teile Oberschlesiens für die fünf am Wahlkampf beteiligten Parteien an Stimmen abgegeben für das Zentrum 236 000, für die Reichspartei 144 000, für die Unabhängigen 18 000, für die Demokraten 31 000, für die Deutschnationalen 31 000. Zu den genannten Parteien sind bei den jetzigen Wahlen als neu für Oberschlesien hinzugezogen die deutsche Volkspartei, die polnisch-katholische Volkspartei, die kommunistische Partei und die deutsch-sozialistische Partei. Der Wahlkampf ist überall rubig verlaufen.

Deutscher Reichstag.

mitb. Berlin, 18. November.

Der zunächst auf der Tagesordnung stehende Antrag aller Parteien, die Gewerbeordnung dahin abzuändern, daß bei der Veranlagung von Meßsen Verwaltungsbeiträge von den Meßteilnehmern erhoben werden können, wird in der Ausschuhfassung in zweiter und dritter Lesung angenommen. Ein Antrag der großen Parteien auf Abänderung des Branntweinmonopols geht behaltlos an den Ausschuh. Der Antrag fordert, daß die Mittel aus den Erträgen des Monopols für wissenschaftliche und Wohlfahrtszwecke erhöht werden.

Dann wird die Aussprache über die Geschäftsordnung des Reichstags fortgesetzt. In der Angelegenheit der Ausschuh fordert Abg. Roosen (Komm.), daß auch der Ausschuh öffentlich tagen solle, damit die vielen Vertrauensbrüche aufgehoben. Nach längerer Debatte wird jedoch ein Antrag der Ausschuhmehrheit angenommen, wonach für den Ausschuh die Beschlusfähigkeit der Öffentlichkeit sich auch auf die dem Ausschuh nicht angehörenden Abgeordneten beziehen soll.

Die Beratungen werden alsdann durch eine längere Aussprache darüber unterbrochen, ob am Montag und Dienstag Sitzungen stattfinden sollen, da eine Regierungserklärung noch nicht zu erwarten sei. Im Laufe der recht bewegten Geschäftsordnungsdebatte bewirkt Abg. Schulz-Bromberg die Beschlusfähigkeit des Hauses. Der Sammelruf ergibt tatsächlich die Beschlusfähigkeit. Montag nachmittags 5 Uhr Fortsetzung der Geschäftsordnungsdebatte. Schluß 1/2 12 Uhr.

Tagesgeschichte.

Polen.

Das Urteil im Prozeß Fedak. Aus Lemberg wird gemeldet: Im Prozeß gegen Fedak und Genossen wegen Rordanschlags auf den Staatschef Pilsudski und den Lemberger Wojewoden Grabowski wurde Fedak nur des Rordanschlags auf Grabowski schuldig erkannt und zu sechs Jahren Kerker verurteilt; vier Mitangeklagte wurden zu zwei bis fünf Jahren Gefängnis verurteilt, die übrigen freigesprochen. Die Verteidiger meldeten die Richtigkeitsbeschwerden an.

Der Frage der Regierungsbildung mit den Rinderheilen schreibt „Nacypopolnia“, daß die Regierung nur dem polnischen Volk als dem alleinigen Herrn in Polen und nicht fremden Nationalitäten zuzehören. Die „Gazeta Porannowa“ ist der Ansicht, daß die polnische Regierung niemals die Zulassung von Juden zu leitender Stellung dulden werde. „Gazeta Poranna“ ist der Ansicht, daß ein moralisches Anrecht auf Polen nur diejenigen hätten, die es mit eigenem Blut geschützt und gekämpft hätten.

Die Lage in der Textilindustrie hat sich verschärft. Trotz des Eingreifens des Ministers der Reichswirtschaftlichen Arbeiten erklären die Textilindustriellen, daß sie den Arbeitern höchstens eine 10prozentige Lohnerhöhung zuzehören können. In der letzten Sitzung der Arbeitervertreter wurde beschlossen, im ganzen Posen Revolver in den Generalstreik einzutreten, falls die Industriellen auf ihrem Widerstand beharren sollten.

Republik Oesterreich.

Bundesvoranschlag für 1923. Der im Druck vorliegende Bundesvoranschlag für das Jahr 1923 weist folgende Gesamtsumme auf:

Die Siegerin.

Roman von Hans Schulze-Soran.
12. Fortsetzung.
Zweites Buch.

Der Frühling war ins Land gekommen, nach Regen und schwerem Wintertraum. Ueber Nacht war er gekommen und hatte die letzten Reste von Eis und Schnee mit jubelndem Sturmgeschlag hinausgeschleudert in einer einzigen großen Bejahung des Lebens.

Der Tiergarten blühte und duftete. Die Luft war nur ein weicher Hauch. Und der Himmel so hoch und hell, die weißen Lammwölken wie Wägen auf blauender See.

Die ganze Urtrost der wiedererstandenen Natur rang sich mit süßer Schwere empor in der reizendsten Offenbarung der Weltstadt. Frühling in Berlin! —

Ein halbes Jahr schon dachte die sterblichen Ueberreste des Sommertheaters hausmann der grüne Kafen. Aus dem Zusammenbruch der Firma war für die Familie fast nichts zu retten gewesen.

Unter Zustimmung beider Proturisten hatte Lotte, nach ihrer Rückkehr aus Venne im Namen der völlig apathischen Mutter sofort die Einleitung des Liquidationsverfahrens herbeigeführt.

Trotz des enormen Umfangs der geschäftlichen Verpflichtungen hatte sich die Liquidation in Berlin verhältnismäßig rasch vollzogen, da eine bekannte Berliner Großbank, die schon seit langem eine Fusion mit Hausmann angestrebt, das Bankgeschäft in der französischen Straße durch einen Generalaufkaufvertrag an Bloc an sich gebracht hatte und — von der Mutter abgesehen — in sämtliche Verbindlichkeiten der Firma eingetreten war.

Schwieriger hatte sich dagegen die Auseinandersetzung in Venne gestaltet, wo sich zahlreiche Gläubigeransprüche und Entschädigungsklagen mit den Forderungen der Fabrikgläubiger vereinigten.

Der gesamte Erlös aus dem Verkauf der Bank war bereits in dem unerwarteten Abgrund dieser Liquidation verschwunden; Lotte hatte die Villa in der Regentstraße verkauft und den größten Teil der kostbaren Einrichtung veräußert, um bis zum letzten Pfennig für den guten Namen und die kaufmännische Ehre des Vaters einzutreten.

Trotzdem lagen gegen Ende des Jahres die finanziellen Verhältnisse so mitleid, daß auch Lotte allmählich ihre stille Hoffnung schwinden sah, aus der Liquidationsmasse noch eine kleine Rente für die

affern auf: Ausgaben 9 988 949 524 000 Kronen. Einnahmen 4 000 767 418 000 Kr. Demnach Abgang von 5 988 182 106 000 Kronen. Aus den Bestimmungen des Bundesfinanzgesetzes ist Artikel 4 hervorzuheben, nach dem Ausgaben, auch wenn sie im Bundesvoranschlag vorgesehen sind, nur dann gemacht werden dürfen, wenn sie dringend notwendig sind und nicht im Widerspruch zu den zur Ausführung der Staats- und Volkswirtschaft der Bevölkerung Oesterreichs zu treffenden Maßnahmen (Wiederaufbaugesetz) stehen. In den Bemerkungen zum Bundesfinanzgesetz wird hervorgehoben, daß das Inkrafttreten des Wiederaufbaugesetzes sehr einschneidende Änderungen dieses Voranschlags sowohl auf der Ausgaben- als auch auf der Einnahmenseite zur Folge haben muß, weshalb der vorliegende Voranschlag nicht ohne weiteres als Grundlage der Beurteilung der voraussichtlichen Bedarung des Staatshaushalts im Jahre 1923 dienen kann. In der Fassung des oben angeführten Artikels 4 sind die Auswirkungen des Wiederaufbaugesetzes bereits angedeutet.

Die Ausgabe von Banknoten wird eingestellt. Dem „Neuen Wiener Tagblatt“ zufolge, ist zwischen der österreichischen Regierung und den Delegierten des Völkerverbundes gehen in Form eines Notenwechsels vereinbart worden, daß der Staat von heute an seinen finanziellen Bedarf nicht mehr durch Inanspruchnahme der Notenpresse decken wird. Mit dem geltigen Tage hört somit die Inanspruchnahme der Notenbank für den Staat auf, und die Ausgabe von Banknoten für Oesterreich wird eingestellt.

Frankreich.

Neuer englischer Botschafter. Wie Neuter meldet, ist Marquis of Crewe zum britischen Botschafter in Paris an Stelle von Lord Harbington, der aus dem diplomatischen Dienst ausscheidet, ernannt worden.

Der sozialistischer Räte Kongreß in Marseille hat nach einem Bericht Doucebaumes über die Reparationsfrage eine Tagesordnung angenommen, in der die Regierung aufgefordert wird, endlich über Sachlieferungen zu verhandeln und eine größere Realisationspolitik zu betreiben. Hinsichtlich der Verträge zwischen französischen Kriegsgeldbesitzern und deutschen Lieferanten solle die Regierung erklären, daß sie nur den Verträgen zustimmen werde, die von sozialen Organisationen abgeschlossen werden und persönlichen Nutzen ausschließen. Außerdem verlangt die Tagesordnung die Verfestigung besserer wirtschaftlicher Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland. In der programmatischen Erklärung, die vor Beendigung der Kongreßarbeiten angenommen wurde, wird festgesetzt, daß der Versailles Friedensvertrag als ein Werk der Geheimdiplomatie Entschädigungen hervorgerufen habe. Die Partei wünsche friedliche Methoden und verlange gegenüber Deutschland praktische Lösungen. Sie werde das von den sozialen Organisationen ausgearbeitete Abkommen zur Lösung der Reparationsfrage unterstützen, das das allgemeine Interesse über das Parteinteresse stelle. Die Reparationsfrage erfordere einen Appell an die Solidarität der Völker, die Kompensierung der Kriegsschulden und eine internationale Anleihe, Sachlieferungen und Hilfe der deutschen Arbeiter.

Rußland.

Anläßlich des Jahresfestes der Gründung der Russischen Staatsbank veranstaltete das Direktorium der Staatsbank einen Festakt im großen Saale des Konzerthaus in Moskau, zu dem auch der deutsche Botschafter Graf Brockdorff-Rangau erschienen war. Das Mitglied des Finanzkollegiums Kutler, früherer Gehilfe des Finanzministers Witte, schilderte die Tätigkeit der Staatsbank im vergangenen Jahre. Der Volkskommissar für Finanzen Sokolnikow erläuterte die Bedeutung der Bank für die Entwicklung der Finanzwirtschaft und des inneren Handels Russlands. Kamenev charakterisierte als zweites Vorhaben des Rates für Arbeit und Verteidigung die Bedeutung der Bank als Stütze der proletarischen Politik und ihrer Kreditbeschaffung. Jede Gefahr einer Ausnutzung der Bank zu imperialistischen Zwecken sei ausgeschlossen. Nach Beendigung der Vorträge sprachen die leitenden Persönlichkeiten des russischen Wirtschaftslebens mit dem Grafen Brockdorff-Rangau noch eingehend über die Einzelheiten der behandelten Themen.

Baumwollkäufe in Amerika. Neuter meldet aus New York: Wie aus Dallas (Texas) berichtet wird, daß eine russische staatliche Gesellschaft 50 000 Ballen Baumwolle bei der Texas-Baumwoll-Gesellschaft bestellt, die nach Petersburg geschickt werden sollen. Die Bestellung habe einen Wert von etwa 6 Millionen Dollars und werde den Russen gestatten, die Tätigkeit ihrer Textilfabriken wieder aufzunehmen.

Familie herauszuretten, und sich auf Anraten des Proturisten Hermann energisch um eine neue Existenz bemühte.

Nach langem Ueberlegen entschied sie sich endlich für Gründung eines Fremdenpensionats; sie mietete in der Steglitzer Straße, unweit der Kreuzung mit der Potsdamer Straße, in einem modernen Neubau eine geeignete Etage, möblierte sie mit den Resten ihrer ehemaligen Einrichtung und eröffnete ihre junge Schöpfung schon im Anfang des Monats Januar als „Pension des Westens“.

Eine unerwartete Bundesgenossin war ihr in diesem so entsetzlichen aufkommenen Kasinostampfe in ihrer Schwägerin Käthe entstanden.

Das bisher so indifferente, fast temperamentlos gleichgültige Mädchen entwickelte auf einmal eine Energie und Tatkraft, als sei unter dem Druck der furchtbaren Ereignisse der letzten Zeit eine völlige Umwandlung ihres Charakters vor sich gegangen.

Sie hatte Lottes neuen Lebensplan logisch mit Begeisterung aufgenommen und sich schon nach vierzehn Tagen in den steilsten komplizierten Wirtschaftsbetrieb so weit eingearbeitet, daß Lotte ihr die Leitung der inneren Angelegenheiten des Pensionats vollkommen selbständig überlassen konnte.

Käthe war von früh bis spät unermüdet tätig, sie schaute keinen Gang und keine Handreichung und führte mit Hilfe einer geschickten Köchin einen Mittagstisch, dessen Auf sich im ganzen Stadtviertel bald herum verbreitete, daß das große, zum Weisensaal erweiterte Berliner Durchgangszimmer die Zahl der Tischgäste oft kaum zu fassen vermochte.

Lotte war diese tatkräftige Unterstützung durch die Schwester aus zwei Gründen sehr gelegen gekommen. Einerseits war es ihr nur durch Käthes Fürsprache gelungen, den Widerstand der Mutter gegen die Pensionatsgründung zu besiegen, andererseits hatte ihr die selbständige Direktionsführung Käthes die Möglichkeit gegeben, auch ihre kaufmännischen Fähigkeiten noch im Interesse der Familie zu verwerten und bei einem alten Freund des Vaters eine gut bezahlte Stellung als Privatsekretärin anzunehmen.

Auch Käthe, die hinter der Schwester an Arbeitseifer nicht zurückbleiben wollte, bemühte sich, für die freie Zeit der Nachmittagsstunden eine Nebenbeschäftigung zu finden, und sie war überglücklich, als eine reiche Privatdamen, die zwei der großen Vorderzimmer an ein halbes Jahr gemietet hatte, an sie mit der Bitte herantrat, ihrem kleinen Tochterchen für die Dauer ihres Europa-Ausenthalts gegen ein für Käthes Begriffe fürstliches Honorar Unterricht in Sprachen und Musik zu erteilen.

Sehr bald fand sich zu dieser ersten Schülerin eine zweite, eine dritte, sodah Käthe schließlich einen kleinen Zirkel bilden und weitere Anmeldungen ablehnen mußte;

Indien. Eingeborene Soldaten sollen die Engländer erleben. Nach einer Meldung aus Bombay hat die Indische Handelskammer ein Memorandum an den Sparsamkeitsausschuh gerichtet, der gegenwärtig die indischen Finanzen untersucht. Darin wird verlangt, daß die Engländer im indischen Ozean allmählich durch eingeborene Soldaten ersetzt werden, daß in 10 Jahren nur noch die für die Ausbildung der Mannschaften unbedingt nötige Zahl britischer Offiziere im Ozean verbleibe. Die Landesverteidigung müsse gestützt werden durch ein kleines lebendes Ozean mit großen Reservat ausgebildeter Mannschaften.

Südamerika.

Einrichtung zweier Teilnehmer an Urubun. „Times“ meldet aus Johannesburg: Freitag wurden zwei Teilnehmer an den Urubun in Johannesburg in Pretoria gefesselt. Sie saßen auf dem Schoß des Lieb „Die rote Fahne“. Bis zum letzten Augenblick waren zahlreiche Verhandlungsgesuche bei der Regierung eingegangen. Am Donnerstag war in Johannesburg eine große Protestversammlung abgehalten worden, bei der ein Volksbeirat von der Menge schwer verletzt wurde. Die Erbitterung über die Ablehnung des Urubungesuches ist, Times zufolge, unter den Arbeitern außerordentlich groß.

England.

Der Schriftsteller G. H. Wells, der für die Arbeiterpartei bei der Londoner Universität kandidierte, ist von seinem konservativen Gegenkandidaten geschlagen worden.

Amerika.

Clemenceau ist am Sonnabend in New York angekommen. Bei seiner Ankunft erklärte er, nach einer Meldung der Agentur Havas, er sei gekommen, klar zu machen, daß Frankreich weder militärisch noch imperialistisch sei, und daß es ein hartes Ozean nur deshalb unterhalte, weil es keine anderen Bürgschaften gegen einen neuen Angriff besitze. Weder man ihm die notwendigen Bürgschaften, so werde es alsbald sein Ozean entlassen.

Wirtschaftliches.

Preise ober-schlesischer Kohle. Nach einer Mitteilung der preussischen Bergwerksdirektion stellen sich ab 1. November die Inlandskaufpreise auf dem staatlichen Steinkohlenbergwerk Königinn Luisegrube (einschließlich Gruben- und Debrückschächte) für Städtische auf Mark 16 402 pro Tonne bis herabgehend für Staubkohle auf Mark 11 070 pro Tonne. Die Preise für Gaskohle sind für die in Betracht kommenden Sorten um drei Mark pro Tonne höher. Der Verein Deutscher Gekochener Nesselhof hat die Preise für gubeisene Nesselhöfen, Flankensöhnen, Formstücke und Vorwärmeröhren mit Wirkung ab 16. November um 43 Prozent erhöht.

Marktberichte.

Großhainer Marktpreise vom Sonnabend. Die Preise stellten sich für das Pfund wie folgt: Weizen 10 bis 15 M., Birnen 10—15 M., Rotbarsh o. R. 145 M., Schellfisch 160—180 M., Kartoffeln 6 M., Grünbohnen 10 M., Polentafisch 36 M., Röhrlin, junger, Kopf 5 M., Röhrlin, hiesiges, 25 M., Weiskraut, hiesiges, 15 M., Weiskraut, hiesiges, 15 M., Weiskraut 12 M., Meerrettich 60 M., Möhren 8 M., Rettiche, schwarze, Stück 4 M., Sellerie 20 M., Spinat 20 M., Zwiebeln 15—25 M.

Obst. Butter 1000 bis 1160 M. per Pfund. Weizen. Butter 480—520 ab Hof, auf dem Wochenmarkt 600—630 Mark.

Amliche Preisfeststellung an der Produktenbörse zu Berlin, 18. November. Weizen, märkischer 12 800—12 400, für 50 kg ab Stationen, fester, Roggen, märkischer 10 700 bis 10 900 für 50 kg ab Stationen, fester, Sommergerste 12 000—12 300, Wintergerste 10 500—10 600 für 50 kg ab Stationen, unverändert. Hafer, märkischer 12 400—12 700 für 50 kg ab Stationen, fester, Weizenmehl 37 000—40 000 für 100 kg brutto einschl. Sack frei Berlin, feinstes Markenmehl über Notiz bezahlt, fester, Roggenmehl 30 500—33 500 für 100 kg brutto einschl. Sack frei Berlin, unverändert. Weizenkleie 6200—6500, Roggenkleie 6200—6500 für 50 kg brutto einschl. Sack frei Berlin, behauptet, Raps 18 000 bis 19 000 für 50 kg ab Stationen, behauptet, Erbsen, Victoria 22 000—23 000, H. Speiserbsen 20 000—21 000, Weizen 14 500—15 500, Winterbohnen 14 000—14 500, Weizen 18 500 bis 19 500, Lupinen, blaue 14 000—15 000, Lupinen, gelbe 15 500—16 500, Serradella, 26 000—30 000, Rapskuchen 7000—7300, Erbsenmehl 5700—5900, vollm. Zufuhrmehl 7700—7900, Lormelasse 30 70 3500—3800.

am Ende des zweiten Monats hatte sie bei einer Tätigkeit von täglich ein bis zwei Stunden an Honorar fast 150 Mark vereinnahmt, eine Summe, die sie früher achsellos für einen einzigen Panama hingeben hatte, und die ihr unter den jetzigen Verhältnissen geradezu wie ein kleiner Schatz erschien.

Das Pensionat selbst hatte in den ersten beiden Monaten trotz vielfacher Unannehmlichkeiten und Nebenausgaben für Bade- und Beleuchtungsarbeiten einen Ueberflus von mehreren Hundert Mark ergeben, sodah die materielle Lage der kleinen Familie gestärkt gelten konnte und die tapferen Schwägerin der weiteren Entwicklung ihrer Zukunft getrockneten Mutes entgegenzusehen begannen.

Nur eine große Sorge schwerte noch wie eine letzte dunkle Wolke an dem sich langsam wieder erhellenden Horizont ihres Lebens, die Sorge um Paul.

In Pauls Lebensweise hatte der Tod des Vaters mit seinen tragischen Begleitumständen auch nicht die geringste Veränderung hervorgerufen.

Er hatte seine vornehme Junggesellenwohnung am Altstädter Platz behelalten, war allabendlich in seinem Klub oder im Fooyer eines großen Theaters zu treffen und wich allen Fragen Lottes nach der pelamären Fundierung seiner kostspieligen Lebensführung mit nützigen Ausflüchten aus.

Angehlich wollte er die lukrative Vertretung einiger großer ober-schlesischer Häuser erhalten haben, in Wirklichkeit lebte er ausschließlich vom Spiel, das er seit einiger Zeit mit entschiedenem Glück betrieb.

Lotte war davon überzeugt, daß Pauls Feindschaft dorber Existenz von allerlei unglücklichen Duellen gelöst wurde, dennoch aber schwebte sie zu seinem Uebel an Rücksticht auf die Mutter, die ihren Liebling nach wie vor verachtete und jede Verdächtigung seines Lebenswandels mit schweren Drohsätzen beantwortete.

In einem wunderschönen Maiensonnabend fanden Kurt und Camellia in Erwartung der Hausmannschen Tamen vor dem Zeitungshaus am Potsdamer Bahnhof.

Ein heißer Frühlingsterrasse achtete über den prumelnden Hotelpalästen, die das enge Gebiet des Potsdamer Platzes in den Kreuzungen der vielfachen Straßenlinien unregelmäßig umtarnen.

Wie ein emsig angeheuer Strom flutete es aus dem Schlund der Leipziger Straße heraus. Menschen und immer wieder Menschen, ein schmärgliches Amalgamgemisch durch den Engpaß der uniformierten, atypischen Torhäuten aus der feineren Wüste Berlin hinausstrebend in die Luft und Freiheit des Westens.

Fortsetzung folgt.